

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Lieferung durch die Post 2 RM., zuzüglich Abzug 10 Pf. für Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstraße 10.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 41 — 90. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Mittwoch, den 18. Februar 1931

## Das „Donnerstagstränzchen“.

Fast hat es den Anschein, als ob wir hinsichtlich der Wirtschaftskrise doch allmählich den „Winter unseres Wintervergnügens“ enden sehen; denn es fehlt nicht mehr so absolut an Zeichen kommender Besserung wie bisher und einzelne Optimisten wagen sich hervor. Vor allem aber beginnt doch das pessimistische: „Ach, es hilft ja doch nichts!“ nach und nach zu verstummen, ohne daß man nun gleich, frei nach demselben Shakespeare, einen „glorreichen Sommer“ zu prophezeien wagt. Aber es regen sich doch die Kräfte des Widerstandes gegen die Hoffnungslosigkeit. Und daß dabei die „Geldkräfte“ vorantreten, die Leiter unserer großen Finanzinstitutionen, ist natürlich besonders wertvoll. Man schließt sich enger aneinander und es ist daher ein finanziell recht „gewichtiges“ Befähmensein, zu dem sich die Vertreter der Deutschen, der Danat-, der Commerz- und Privat-, der Dresdner Bank allwöchentlich einmal einfinden; nur Kasse trinken wird man ja auf diesem „Donnerstagstränzchen“, wie der Vorbesitzer es nannte, und gerade nicht. Das Ziel ist natürlich engste Zusammenarbeit der vier Großen im Reiche des Geldes und Kredits, weil die Zeit es verbietet, gegeneinander offene oder stille Konkurrenz zu treiben. Und Telsch „Der Starke ist am mächtigsten allein“ trifft für die deutschen Großbanken auch nicht mehr zu, seit über ihnen — sehr viel Stärkere stehen, Geldkräfte selbst, aber auch Wirtschaftsentwicklungen, deren jede von ihnen allein nicht Herr zu werden vermag.

Und die Zeit verbietet es auch, Preisgepolitik nach altem Muster zu treiben; allzuhart hätten auch die Banken mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen. Das weiß doch jeder, daß es in diesem Kampf auch für die schwere Verluste gab und gibt, — und da heißt es nur, ganz nüchtern aberhand Illusionen zerföhren, wenn man z. B. den langjährig geübten Brauch einer immer gleichmäßig bleibenden Dividendenzahlung in diesem Jahre aufgeben und gerade so wie bei zahlreichen Industrieunternehmen mit der Dividende heruntergehen wird. Auch das scheint auf dem „Donnerstagstränzchen“ vereinbart worden zu sein; denn schon seit einiger Zeit wurde davon gesprochen, ohne daß sich deswegen etwa an der Börse irgendwelche Aufregung zeigte. Ist doch allenthalben das Kursniveau so tief gesunken, daß selbst geringere Dividenden immer noch eine gute Verzinsung der Aktien darstellen. „Stille Reserven“ zu haben, ist empfehlenswerter als einen vielleicht übermäßig hohen Ertrag herauszurechnen; auch die Rente muß ja unter dem stöckenden, stolpernden Lauf der Wirtschaft leiden.

Es „geht“ ja so manches, was man noch vor gar nicht langer Zeit für „unmöglich“ erklärte! Schätzerne hier und da auftauchende Versuche, durch Verkürzung der Arbeitszeit dem Steigen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, stehen jenseit fast überall auf ablehnende Kritik und allenthalben hörte man das Wort: „Unmöglich.“ Jetzt hat die gesamte Berliner Metallindustrie sich für ihre Angestellten die auf fünf Tage verkürzte Arbeitswoche eingeföhrt, nachdem für die Arbeiter schon längere Zeit die Normarbeitszeit der Sturzarbeit besteht. Genau so wie man infolge der „Überproduktion“ — oder des Absatzmangels — zu einer Einschränkung auf vielen Gebieten der Erzeugung schreiten mußte, die Maschinen langsamer laufen läßt, ist man genötigt, zu einer „Restriktion“, zu einer „langsameren“ Arbeit des produzierenden Menschen zu greifen. Freilich ist das nicht die „Fünftagewoche“, die der amerikanische Automobilfabrikant Ford empfohlen hat! Aber als Normarbeitszeit soll zum mindesten das eine erreicht werden, daß die Zahl der Unbeschäftigten nicht mehr wächst. Das hat also nichts damit zu tun, ob in der modernen Erzeugungsweise praktisch in fünf Tagen, also bei einer längeren, dazwischenliegenden Erholungszeit, genau die gleiche Menge erzeugt werden kann wie in sechs Tagen. Hier sprechen andere, aus der schweren Krisenzeit geborene, „überwirtschaftliche“ Erwägungen ein erstes Wort: Vergeßt über die Maschine nicht den Menschen! Wie weit sich diese „Fünftagewoche“ durchführen lassen kann, hängt aber trotzdem auch davon ab, daß eine Verteuerung der Produktion nicht durch sie veranlaßt werden darf. Denn eine solche würde unsere gesamtwirtschaftliche Lage, mithin auch unsere Krisenartgrundlage gefährden. „Nur kein Schema!“ gilt auch hier, und bei den Saisonarbeiten, also vor allem bei der Landwirtschaft, ist etwas Derartiges wirklich eine Unmöglichkeit. Die Natur läßt sich nun einmal durch menschliche Gesetze nicht kommandieren und daher auch nicht jene Wirtschaftsweise, die von ihr abhängig sind und daher mit ihr rechnen müssen.

Al das bedeutet aber auch schwere Opfer, nicht zuletzt bei den Arbeitern, da ja gewöhnlich die „Arbeitsverkürzung“ auch eine Lohnkürzung in sich schließt, — und dies obendrein noch in einer Zeit an sich schon sinkender Löhne! Aber es wird dadurch wenigstens bei so manchem verhindert, daß er das bittere Brot der Arbeitslosenrente verzehren muß. Härter als wir jemals ahnten, ist der Kampf ums Dasein geworden, für den einzelnen Menschen ebenso wie für uns alle als Volk; den einzelnen würde er jermögen, und nur eine alle fest zusammenschließende Front kann uns vor dem Untergang bewahren.

## Keine Auflösung des sächs. Landtages

Dresden, 17. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der 2. Vizepräsident Vreschneider eine Erklärung, nach der in der letzten Sitzung der kommunistische Abg. Breitenborn in der Aussprache über die Entlassung des Buches „Im Westen nichts Neues“ aus den Schulbüchern nicht von „Frontsoldaten“, sondern von „gewissen destruktiven Elementen in der Etappe und in der Heimat“ gesprochen habe. Von einer Verleumdung der deutschen Frontsoldaten könne keine Rede sein und der Präsident hätte keine Veranlassung gehabt, einzuschreiten. Hiermit kommt es zur

Abstimmung über die verschiedenen Schulanträge.

Die kommunistischen Anträge auf Einführung des amtlichen Stimmzettels und alljährlich stattfindende Elternratswahlen werden abgelehnt. Gleichzeitig wird ein kommunistischer Antrag auf unentgeltliche Zurverfügungstellung von Schulräumen für alle Organisationen, die Jugenpflege betreiben, abgelehnt. Gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Staatspartei finden Annahme die Anträge der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, das Buch „Im Westen nichts Neues“ von Remarque aus allen Schulbüchern zu entfernen, und den Schulbüchern die Anschaffung von Büchern zu verbieten, deren Inhalt eine Herabwürdigung der alten deutschen Armee und eine Fälschung der deutschen Geschichte darstellt. Angenommen wird ein Antrag der Konservativen, des Sächsischen Landvolks und der Sozialpartei der Nationalsozialisten, die Regierung zu ersuchen, in allen Schulen Sachsens eine Totengedächtnisfeier in der Woche vor dem Totensonntag als Pflichtstunde anzuordnen, in der unserer Gefallenen gedacht wird; ebenso wird in allen Schulen Sachsens am 4. März jeden Jahres der jüdisch-deutschen Geschlossen anläßlich der Anschuldigung am 4. März 1919 in würdevoller Weise gedacht. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag der Staatspartei, die Regierung zu ersuchen, für die im Weltkrieg Gefallenen einen Gedächtnisstag festzusetzen, der durch Ruben der Schularbeit und durch Abhaltung eines „Mittags“ ausgedehnt wird. Annahme fand der Antrag des Sächsischen Landvolks, Schüler öffentlicher Schulen und Lehranstalten dürfen

zur Teilnahme an den Verfassungsfeiern nicht gezwungen und wegen ihres Fernbleibens weder bestraft noch sonst benachteiligt werden.

Ferner wurde angenommen der Antrag der Deutschen Volkspartei, bei der Reichsregierung auf beschleunigte Festsetzung eines einheitlichen deutschen Nationalfeiertages hinzuwirken und bis dahin dafür zu sorgen, daß die Verfassungsfeiern in den Schulen so gestaltet werden, daß die Empfindungen der Beteiligten nicht verletzt werden. Der kommunistische Antrag, betr. Beurlaubung des eingeschulerten Probejahres für atademisch gebildete Volks- und Berufsschüler wurde auf Wunsch der Regierung an den Geschäftsausschuss verwiesen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Antrag der Nationalsozialisten auf

### Auflösung des Landtages

Abg. Studentowitsch die Begründung und erklärte, daß seine Partei glaube, mit einer Ablehnung des Antrages rechnen zu müssen. Demnach wäre eine Klärung für sie wertvoll, welche Parteien diesen Landtag stützen könnten. Dieser Landtag sei nämlich, eine verfassungsmäßige Regierung zustande zu bringen.

Abg. Renner (Kom.) spricht vor leerem Hause: Mit dem Auszug der Nationalsozialisten ist die Position der Brüning-Regierung nur gestärkt worden, Redner predigt die Volkrevolution, aktiver Kampf gegen das Monopolkapital. Auch der

Mittelstand gehört in die Front der staatsbewußten revolutionären Arbeiterschaft, um den Staat zu schaffen, in dem nur die Schaffenden etwas zu sagen haben. Die kommunistische Partei wird für Auflösung des Landtages stimmen, um das Volk zu fragen, für welches System es sich entscheiden will.

Für die Deutschnationalen gab der Abg. Siegert eine Erklärung ab, in der die Auflösung gefordert wurde. Dieser Landtag habe sein Recht und seinen Zweck verloren, und es nicht fertiggebracht, eine tragfähige verantwortliche Regierung zu bilden, wie sie im Sinne der Wahlen entsprochen hätte. Eine zweite elementare Versammlung liege in der Nichterlebigung des diesjährigen Staatshaushaltsplanes.

Abg. Bachel (Soz.): Der militärische Geist, der in einem großen Teil des deutschen Volkes steckt, kommt der nationalsozialistischen Bewegung zugute. Aber der größte Teil des Volkes nimmt diese Leute heute nicht mehr ernst; das schlimmste, was einer Partei passieren kann. Mit der Auflösung des Landtages wollen die Nationalsozialisten eine Terrorregierung ihrer Partei erreichen. Der Redner beweist aber, ob die Rechte aus einer Landtagsauflösung den erhofften Gewinn haben werde.

Abg. Dr. Büniger (D.D.P.): Wir sind der Auffassung, daß kein Grund zur Auflösung vorliegt.

Das sächsische Volk will seine Remwahl; es ist mit der jetzigen Regierung zufrieden. Das Land Sachsen soll nicht von neuem in Unruhe und Kämpfe geführt werden. Wirtschaft und Volkstieben werden dadurch geschädigt. Wir wollen, daß der Landtag aus dem Zustand der gleichgerichteten Untrachtbarkeit herauskommt und sich endlich der Aufgabe zuwendet, die die Verfassung ihm gegeben hat, nämlich dem Lande die notwendigen Gesetze zu geben.

Abg. Kunz (Natz.) erhält das Schlusswort: Seine Scherzen gegen die Kommunisten gerichteten Ausführungen gehen vielfach gänzlich unter in dem Tumult der D.D.P. und K.D.D.-Fraktionen. Präsident Bedel schwingt fast andauernd den Hammer, aber die Fragen des Redners an die linken Parteien verursachen eine derartige Erregung, daß die Ermahnungen des Präsidenten ungehört bleiben. Redner erklärt, er könne es nicht verstehen, daß die Arbeiter sich immer wieder durch Thesen der kommunistischen Führer vor die Knüppel der Polizei treiben lassen. (Es hagelt nur so Ordnungsrufe.) Als der Redner auf die kommunistischen Überfälle auf Nationalsozialisten zu sprechen kommt, und von „Veltaliar“ und „jeigen Henkerstechen“ spricht, entzieht ihm der Präsident das Wort. Die Kommunisten stürzen auf den Redner ein, es droht zu einer Prügelei zu kommen.

doch wird das äußerste noch in letzter Sekunde verhindert. Der Präsident verläßt seinen Platz, die Sitzung ist unterbrochen.

Der Präsident teilt nach Eröffnung der Sitzung mit, daß der Abg. Kunz infolge seines Verhaltens auf weitere sechs Sitzungen ausgeschlossen sei.

Der Präsident teilt nach Eröffnung der Sitzung mit, daß der Abg. Kunz infolge seines Verhaltens auf weitere sechs Sitzungen ausgeschlossen sei.

Das Haus tritt dann in die Abstimmung ein.

Der nationalsozialistische Auflösungsantrag wird mit 6 Stimmen gegen 25 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag, 19. Februar, 13 Uhr.

## Hochspannung in Spanien.

Gerüchte und Alarmnachrichten.

Die durch den Kabinettswechsel in Spanien eingetretene Hochspannung der politischen Atmosphäre läßt Gerüchte und Alarmnachrichten entstehen, deren Wichtigkeit nicht festgestellt werden kann, zumal die Meldungen aus Spanien höchst widersprüchlich lauten. Während auf der einen Seite von einer Erhebung und Putschgeplänkel eines Artillerieregiments in der Nähe von Madrid erzählt wird, wird andererseits erklärt, daß die Unruhen, die zu diesem Gerücht den Anlaß gegeben hätten, auf einen unpolitischen Skandal zurückzuführen seien, den eine Anzahl von Soldaten dadurch hervorriefen, daß sie sich in einem Tanzlokal bei einer Karnevalsveranstaltung stark betranken, großen Lärm machten und laut johlend durch die Straßen der Garnison zogen.

Jedenfalls scheint es zuzutreffen, daß die monarchisch gesinnte Generalität mit einem Staatsstreich zur Rettung der Monarchie lebängelt. Die Beanspruchung des reformistischen Revolutionärs Sanchez Guerra mit der Kabinettsbildung und die Annahme seiner Pläne durch den König hat in diesen Kreisen große Erbitterung hervorgerufen. Man glaubt, daß dieses Vorgehen zum Sturz der Monarchie führen wird, und scheint entschlossen zu sein, den Sturz nötigenfalls mit Waffengewalt zu verhindern. Die monarchistische Generalität spielt daher zweifellos mit dem Gedanken der Errichtung einer Militärdiktatur. In neutralen Kreisen glaubt man dagegen, daß ein Staatsstreich mit dem Ziel der Errichtung einer Militärdiktatur gerade das Gegenteil von dem bewirken würde, was die Monarchisten von ihm erwarten, d. h. eine Schwächung der königlichen Stellung statt einer Stärkung.

Die Schwere der Entscheidungen, vor die König Alfonso sich gestellt sieht, geht auch aus dem Gerücht hervor,

daß das aber eine Veranlassung nicht zu erlangen war, wozu Sanchez Guerra vor Annahme des Auftrages zur Kabinettsbildung dem König die Bedingung gestellt habe, daß er Spanien für einige Zeit verlassen möchte.

König Alfonso soll jedenfalls durch die Ereignisse der letzten Stunden in außerordentlich gedrückter Stimmung sein. Er begab sich allein nach dem Escorial an das Grab der spanischen Könige und verweilte lange Zeit im Gebet am Sarkophag seiner Mutter, der Königin Maria Christine.

## Die spanische Kabinettsbildung gescheitert

Sanchez Guerra gibt den Auftrag zurück. Sanchez Guerra hat dem König den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Er teilte ihm mit, daß er die Kabinettsbildung ablehnen müsse, da er von weiten Kreisen, die er zur Unterstützung für nötig halte, im Stiche gelassen worden sei. Sanchez Guerra hat der Krone empfohlen, den noch weiter links stehenden Reformistenführer Melquiades Alvarez mit der Kabinettsbildung zu beauftragen.

## Zuspitzung der Lage in Spanien.

Generalstreik im Falle einer Militärdiktatur.

Die Lage spitzt sich immer drohlicher zu. Die Anzeichen dafür, daß man mit einer Militärdiktatur ernst machen will, mehren sich. Allerdings wäre dann auch mit einem Generalstreik in ganz Spanien zu rechnen, von dem Eisenbahn und andere lebenswichtige Betriebe nicht ausgeschlossen würden. Die Lage ist um so ernster, als sich jetzt erweisen muß, ob die Armee innerlich geschlossen ist. Der König soll entschlossen sein, auf seinem Posten bis zum letzten Augenblick auszuharren.